

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**



**UMWELTSCHUTZ
DIE HERAUSFORDERUNG
DES 21. JAHRHUNDERTS**

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN



KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER



Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Grünen wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit diesen neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

A handwritten signature in black ink, reading "Ralf At-Uer".

Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen, die Möglichkeiten zum Download und zur Bestellung aller bislang erschienen Konzeptpapiere finden Sie unter:

www.gruene-hessen.de - Konzepte für Hessen

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

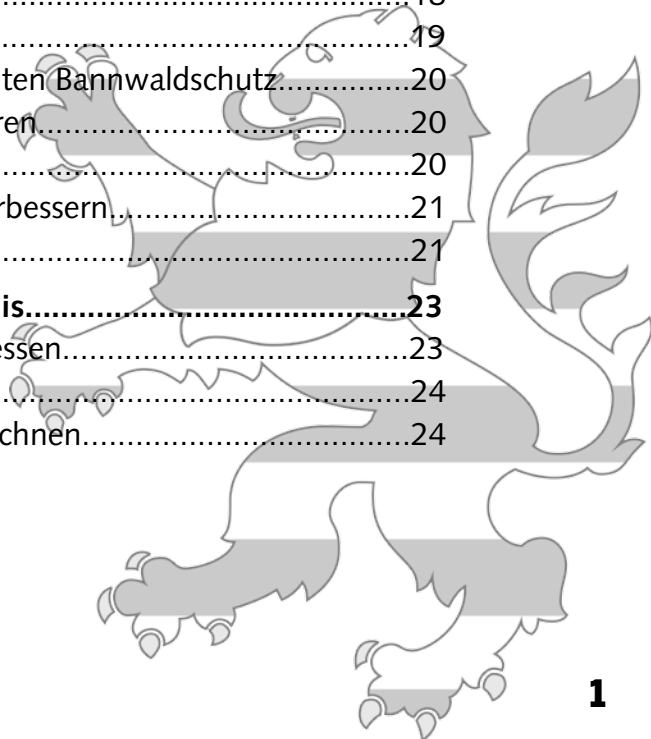


UMWELTSCHUTZ

DIE HERAUSFORDERUNG DES 21. JAHRHUNDERTS

INHALT

| | |
|------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Politik für ein gutes Leben und eine Gute Zukunft..... | 2 |
| I. Unser Wasser umfassend schützen und nachhaltig nutzen..... | 3 |
| 1. Unser Wasser erhalten - ein Wassercent für Hessen..... | 5 |
| 2. Konflikte mit der Landwirtschaft nicht länger aussitzen..... | 6 |
| 3. Werra und Weser wieder zu Süßwasserflüssen machen..... | 6 |
| 4. Trinkwasserschutz geht vor Erdgasgewinnung..... | 6 |
| 5. Umbau der überdimensionierten Wasser-Infrastruktur beginnen..... | 7 |
| 6. Europäische Schutzvorschriften endlich voranbringen..... | 8 |
| II. Gesunde Luft - Tief durchatmen in Hessen!? | 9 |
| 1. Unsere Stadt ist eine Umweltzone..... | 10 |
| 2. Regionale Umweltzone angehen..... | 10 |
| 3. Tempolimit auf hessischen Autobahnen..... | 10 |
| 4. Die Verkehrswende in Hessen beginnen..... | 11 |
| III. Unseren Boden nicht unter den Füßen verlieren..... | 12 |
| 1. Flächen neu verwalten - Flächenressourcenmanagement einführen..... | 12 |
| 2. Bodenschutz so populär wie Wasser- und Stromsparen machen..... | 13 |
| 3. Die Neufassung des Grundsteuerrechts vorantreiben..... | 13 |
| IV. Den Natur- und Artenschutz in Hessen stark machen..... | 14 |
| 1. Stopp der unverantwortlichen schwarz-gelben Politik..... | 15 |
| 2. Natura2000 und Biodiversitätsstrategie umsetzen..... | 15 |
| 3. Fördermittel für Umwelt- und Artenschutz einsetzen..... | 16 |
| 4. Die Natur in die Stadt zurückholen..... | 17 |
| V. So schützen wir die hessischen Wälder..... | 18 |
| 1. Eine nachhaltige Waldwirtschaft etablieren..... | 18 |
| 2. Natur- und Artenschutz im Wald..... | 19 |
| 3. Ein Bürgerwald der allen offen steht und echten Bannwaldschutz..... | 20 |
| 4. Stickstoffeinträge und sauren Regen reduzieren..... | 20 |
| 5. Wilddichten anpassen..... | 20 |
| 6. Struktur des Landesbetriebs Hessen Forst verbessern..... | 21 |
| 7. Energiegewinnung im Wald..... | 21 |
| VI. Mit weniger Ressourcen zum besseren Ergebnis..... | 23 |
| 1. Eine Ressourcenschutz-Strategie für ganz Hessen..... | 23 |
| 2. Ressourcenschutz in aller Munde..... | 24 |
| 3. Ressourcenverschwendung darf sich nicht rechnen..... | 24 |



POLITIK FÜR EIN GUTES LEBEN UND EINE GUTE ZUKUNFT

Kernaufgabe des Natur- und Umweltschutzes ist und bleibt der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die durch unser Wirtschaften, das weltweit vor allem den Prinzipien des maximalen Profits und des maximalen Wachstums folgt, in immer größerem Ausmaß bedroht, „verbraucht“ und unwiederbringlich zerstört werden.

Dank der Natur- und Umweltschutzbewegung und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spielt Deutschland im Kampf um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und gegen den Klimawandel heute zwar weltweit eine Vorreiterrolle. Dennoch bleibt in Deutschland und Hessen viel zu tun. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren, sind und bleiben die treibende Kraft in diesen Themen:

- **Energiewende:** Zwar reden mittlerweile alle Parteien davon, passiert ist aber unter der schwarz-gelben Bundes- und Landesregierung wenig. Mit unseren Konzepten „ZukunftsEnergie 2030 - 100% erneuerbarer Strom“ und „ZukunftsEnergie 2030 - GRÜNES Wärmekonzept für Hessen“ haben wir aufgezeigt, wie Hessen die Klimaschutzziele einhalten und auf Erneuerbare Energien umstellen kann.
- **Verkehrswende:** Ohne ein Umsteuern auch in der Verkehrspolitik können die Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Obwohl sich hierin alle Expertinnen und Experten einig sind, schweigen die anderen Parteien zu diesem Thema. Wir haben mit „Zukunft der Mobilität – Energiewende nur mit Verkehrswende“ auch hier als einzige Fraktion im Landtag vorgelegt.
- **Umwelt- und Naturschutz:** Auch wenn sich die öffentliche Debatte sehr stark auf die Energiewende konzentriert, darf nicht übersehen werden, dass unsere natürlichen

Lebensgrundlagen auch an anderen Stellen akut bedroht sind: Feinstaub, Stickstoffdioxid und andere Gifte belasten unsere Umwelt, Flora, Fauna und natürlich auch uns Menschen. Auch bei uns nimmt die Artenvielfalt dramatisch ab. Und wir verlieren täglich viel zu viele wertvolle Flächen und Böden. Es muss also dringend noch mehr getan werden.

Sauberes Wasser, gesunde Luft, intakte Böden, eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt, unsere Wälder und der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind der Schwerpunkt dieses Konzeptpapiers.

Wir GRÜNE stellen uns der überlebenswichtigen Aufgabe des Umweltschutzes in seiner gesamten Breite. Wir wollen das enorme Potenzial an Wissen, Erfahrung, Wirtschaftskraft und Engagement bei uns in Hessen endlich weitaus besser in Stellung bringen als bisher. Um in unserem Bundesland endlich wieder mehr für den Natur- und Umweltschutz zu tun, als in den vergangenen Jahren.

Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass wir auch in Hessen nur dann eine wirklich gute Zukunft haben werden, wenn wir rasch zu einer Lebens- und Wirtschaftsweise finden, bei der wir in ökologischer und sozialer Verantwortung umfassend auf das Prinzip der Nachhaltigkeit setzen. Den dazu notwendigen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Bundesland voran bringen. Und damit auch uns in Hessen die großen wirtschaftlichen Chancen sichern, die eine sozial-ökologische Modernisierung der Industrie, dem Mittelstand und dem Handwerk sowie den Beschäftigten in Form zukunftssicherer Arbeitsplätze bieten wird.

I. UNSER WASSER UMFASSEND SCHÜTZEN UND NACHHALTIG NUTZEN

Wasser ist unsere wichtigste Ressource. Ohne Wasser gäbe es kein Leben auf der Erde. Zum Glück ist das Wasser in seinem ständigen Kreislauf aus Niederschlag und Verdunstung keine endliche Ressource, so wie Erdöl. Es kann deshalb auch nicht „verbraucht werden“ - es wird genutzt. Global sehr ungleich verteilt ist allerdings die Wasserverfügbarkeit. Da Deutschland eines der wasserreichsten Länder der Welt ist, müssen wir uns hierzulande kaum Sorgen über echten Wassermangel machen. Allerdings sei hier kurz erwähnt, dass wir durch unser Konsumverhalten zur extremen Wasserknappheit in anderen Ländern beitragen.¹

Inhalt GRÜNER Wasserpolitik in Hessen muss daher die nachhaltige Nutzung unserer lebenswichtigen Ressource Wasser und ein umfassender Schutz aller Gewässer und des Grundwassers sein. Die Nutzung von Wasser hat nämlich verschiedene ökologische, soziale und ökonomische Folgen:

Wassernutzung bedeutet Wasserverschmutzung - Was von unserem Abwasser bleibt

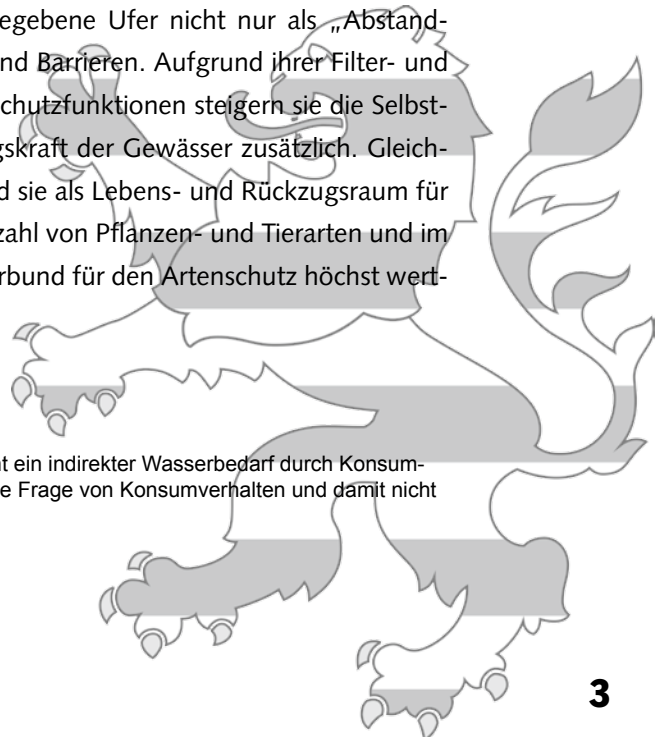
Durch die Nutzung von Wasser entsteht Abwasser. In der Kanalisation vermischt sich das Wasser aus Haushalten, Gewerbebetrieben und Fabriken zu einem problematischen Cocktail. Organische Belastungen und Nährstoffe werden zwar zum großen Teil in den vorhandenen Klärwerken abgebaut, so dass sich der Zustand unserer Gewässer beachtlich verbessert hat. Es bleibt aber eine Restbelastung im gereinigten Abwasser, die in den kommunalen Klärwerken nicht gezielt

abgebaut oder zurückgehalten werden können. Insbesondere sind dies Substanzen wie Arzneimittel, Pflanzenschutzmittel, Biozide, Korrosionsschutz- und Flammschutzmittel. Das aus den Kläranlagen in die Fließgewässer eingeleitete Abwasser ist durch Fäkalien mit Krankheitserregern belastet. Zusammen mit den nicht ausgefilterten Chemikalien sowie Nährstoffen, die aus landwirtschaftlichen Flächen stammen, können sie das Leben in den Gewässern beeinträchtigen. Bei vielen Substanzen ist nicht bekannt, welche Risiken sie für den Menschen darstellen.

Wasserbelastung durch Einträge aus der Landwirtschaft

Immer noch gelangen zu viele Pestizide und Düngemittel aus der Landwirtschaft in unser Grundwasser und in unsere Bäche, Flüsse und Seen. Es ist leider Fakt, dass die wesentlichen Verunreinigungen aus der Landwirtschaft stammen. Ein besonderer Konflikt in diesem Zusammenhang besteht um die Flächen, die für die Renaturierung von Gewässerrandstreifen mit den Landwirten benötigt werden, um den direkten Eintrag von Pestiziden und Düngemittel in die Gewässer zu verhindern. Dabei wirken der Natur zurück gegebene Ufer nicht nur als „Abstandhalter“ und Barrieren. Aufgrund ihrer Filter- und Erosionsschutzfunktionen steigern sie die Selbstreinigungskraft der Gewässer zusätzlich. Gleichzeitig sind sie als Lebens- und Rückzugsraum für eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten und im Biotopverbund für den Artenschutz höchst wertvoll.

¹ Unserem Wasserverbrauch von 120 Litern im Haushalt pro Person steht ein indirekter Wasserbedarf durch Konsummittel von mehreren Tausend Litern gegenüber – pro Tag! Letzteres ist die Frage von Konsumverhalten und damit nicht Gegenstand dieses Papiers.



Versalztes Wasser – K+S gefährdet Flüsse und Trinkwasser in Hessen-Thüringen

Seit mehr als 100 Jahren gibt es im hessisch-thüringischen Kali-Revier Probleme mit den laugenhaltigen Abwässern aus der Kali-Industrie. Die anfallenden 14 Millionen km³ Salzlauge werden derzeit etwa hälftig durch Verpressen in tiefe Gesteinsschichten und durch Einleiten in die Werra entsorgt. Die Ökosysteme der Werra und der Weser haben sich durch das Einleiten der Kalilauge über die Jahrzehnte verändert – kein Wunder, wenn ein Süßwasserfluß plötzlich Salzwasser führt. Das Verpressen von Salzlauge in den Untergrund hat zu einem unkontrollierten Rückfluss der Lauge an die Oberfläche geführt. Das Trinkwasser ist durch die Verpressung enorm gefährdet.

Droht eine neue Gefährdung für unser Trinkwasser?! - Fracking in Hessen

In Nord- und Mittelhessen gibt es Bestrebungen des Unternehmen BNK Unkonventionelles Erdgas zu erkunden und ggf. zu fördern. Unkonventionelles Erdgas ist in Gesteinsschichten gebunden. Zur Freisetzung wird eine Mischung aus Wasser, Sand und verschiedenen Chemikalien unter hohem Druck in die Bohrung gepresst, um so das Gestein aufzubrechen.

Die Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas ist mit Risiken für das Grundwasser und damit auch für die Trinkwassergewinnung verbunden.² Zu dieser Einschätzung kommen zwei unabhängige Risikostudien, die vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt bzw. nordrheinwestfälischen Umweltministerium in Auftrag gegeben wurde. Die bisher bei Fracking-Verfahren eingesetzten Chemikalien werden mit einem mittleren bis hohen Wassergefährdungspotential eingestuft, auch

² Neben den Risiken für das Grundwasser gibt es noch weitere ungeklärte Probleme bei der unkonventionellen Erdgas-suche z.B. bezüglich des Bodenschutzes oder der fragwürdigen Klimabilanz. Eine gute Übersicht zu allen relevanten Fragen findet sich bei der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW: <http://wibke-brems.de/themen/hintergrundinfos-unkonventionelles-erdgas/faq/>

neuere Zusammensetzungen schauen nicht vielversprechender aus. Bei bestimmten Gesteinsarten ist es möglich, dass ein Teil der Fracking-Flüssigkeit wieder an die Oberfläche tritt. Neben der Grundwasserproblematik besteht ein ungeklärtes Problem der Entsorgung der giftigen Abwässer. Eine abschließende Risikoabwägung von Fracking ist mit aktuellem Wissensstand nicht möglich.

Wassernutzung und ihre Bedeutung für den Klimaschutz

Die Wasserwirtschaft ist sehr energieintensiv, besonders bei der Abwasserbehandlung. Kläranlagen gehören zu den größten Energieverbrauchern der Kommunen. Hier lohnt es sich, über energiesparendere Methoden der Abwasserbehandlung nachzudenken. Dazu gehört auch eine anaerobe Ausfäulung des Klärschlammes und die energetische Nutzung des dabei entstehenden Klärgases. Abwasser ist beim Verlassen der Gebäude oft weit über 20°C warm. Bereits im heutigen Abwassersystem ist es technisch möglich und effektiv, etwa 2°C als Energiequelle zu nutzen. Einen höheren Wirkungsgrad würde man durch einen Umbau des Abwassersystems erzielen. Wenn das sogenannte „Grauwasser“ (fäkalienfreies, gering verschmutztes Abwasser, das beim Baden, Duschen, Wäsche waschen etc. anfällt) vom Rest getrennt wäre, könnte bis zu 50 Prozent der Wärmeenergie zurückgewonnen werden.

Kosten der Wassernutzung

Je weniger Wasser verbraucht wird, desto weniger Energie - und damit auch Kosten - braucht es zur Wiederaufbereitung. Darin liegen Einsparpotentiale für die Wasserwirtschaft sowie für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Paradoxerweise führen aber die Anstrengungen der Deutschen, Wasser zu sparen, zu technischen Problemen. Wasserwerke, Kläranlagen, Trinkwasserversorgung und Kanalisation wurden vor etwa 150 Jahren geplant. Damals rechnete man noch mit einem steigenden Wasserbedarf. Bereits heute sind die Systeme nicht mehr ausreichend beansprucht. In Verbindung mit dem demographischen Wandel wird dies gravierende Folgen für die zukünftige Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit haben. Der geringere Wasserverbrauch führt zu steigenden Unterhalts- und Betriebskosten, und wenn das Wasser nur langsam durch die Rohre fließt, ergeben sich Hygiene- und Qualitätsprobleme. Es mehren sich deshalb Stimmen aus der Wasserwirtschaft, dass man in Deutschland weniger auf Wassersparen setzen sollte. Dies ist aber eine einseitige betriebswirtschaftliche Logik. Ein nachhaltiger Umgang mit unseren Wasserressourcen ist dringend erforderlich. Die Antwort kann deshalb nicht heißen, Wasser ab sofort zu verschwenden. Wir brauchen Lösungen für geänderte Rahmenbedingungen des demographischen Wandel und des Klimawandels. Dort, wo erforderlich müssen die wasserwirtschaftlichen Anlagen entsprechend angepasst werden.

MASSNAHMEN ZUM NACHHALTIGEN UMGANG MIT DER RESSOURCE WASSER

1. Unser Wasser erhalten – ein Wassercent für Hessen

Wer Wasser nutzt, muss auch bezahlen – mit diesem Verursacherprinzip wollen wir den Auftrag der europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfüllen und den ressourcenschonenden Umgang mit unseren Gewässern unterstützen. Insbesondere die Kühl- und Brauchwasserentnahme von Großkraftwerken und Industriebetrieben muss

den gewässerökologischen Notwendigkeiten angepasst werden. So werden zum Beispiel jährlich bis zu 820 Millionen Kubikmeter Kühlwasser für das Kraftwerk Staudinger aus dem Main entnommen. Nach dem Vorbild 13 anderer Bundesländer wollen wir daher einen Wassercent einführen, der auf die Entnahme von Grundwasser und von Wasser aus oberirdischen Gewässern erhoben wird.

Diese Abgabe wird sich vor allem bei großer Wasserentnahme auswirken, für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger fallen dagegen die Belastungen mit Zusatzkosten von nur wenigen Euro im Jahr sehr gering aus.

Die Einnahmen aus dem Wassercent sollen dem Umwelt- und Klimaschutz unmittelbar zugutekommen.

Daran schließt sich die Diskussion um den fairen Wasserpreis an. Schon im Konzept „Moderne Verbraucherschutzpolitik in Hessen“ haben wir deutlich gemacht, dass günstige Wasserpreise nicht gleichzeitig verbraucherfreundliche Wasserpreise sein müssen. Die Landesregierung sorgte mit ihrer Preissenkungsverfügung an die hessischen Wasserversorger bundesweit für Aufsehen. Der Preisdruck auf privatrechtlich organisierte Wasserversorger in öffentlicher Hand ist aber langfristig nicht als ein Sieg für die Verbraucher zu bewerten. Bei der Zusammensetzung der Wasserpreise muss berücksichtigt werden, dass ausreichend Investitionen für eine nachhaltige Wasserversorgung getätigt werden müssen. Wenn kommunale Versorger dies aufgrund des Preisdrucks nicht mehr stemmen können, wird die Qualität des Wassers zum Nachteil des Verbrauchers zwangsläufig sinken und unterlassene Investitionen werden schließlich zu noch größeren Belastungen der Konsumenten führen.

Wasserversorgung im Besitz der Kommunen und in öffentlicher Rechtsform bringt für die Bürgerinnen und Bürgern die größten Chancen einer nachhaltigen Wasserversorgung und gleichzeitig einer transparente Gebührenpolitik. Der Trend zur Rekommunalisierung der Wasserwirtschaft in Hessen und bundesweit, der durch das Urteil des Bundesgerichtshof und der Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsministerium verstärkt wurde, ist daher aus verbraucher- und umweltpolitischer Perspektive sehr begrüßenswert.³

2. Konflikte mit der Landwirtschaft nicht länger aussitzen

Zu lange wurde der Konflikt um den Gewässerschutz mit den Landwirten schon ausgesessen. Vom aktuellen Schwebestand hat keiner etwas. Die Probleme müssen gelöst werden. Die EU-Wasserpolitik macht ernst – und das zu Recht. Dafür gibt es zwei Wege: Entweder man geht auf Landesebene gemeinsam einen schwierigen, aber machbaren Weg oder die EU-Kommission wird irgendwann durch strenge gesetzliche Vorgaben die Gewässer schützen.

Eine wesentliche Maßnahme ist, den Konflikt um die Flächen für die Renaturierung von Gewässerrandstreifen mit den Landwirten endlich zu lösen.

Wir wollen Mittel, die durch das Greening innerhalb der europäischen Agrarreform (GAP-Reform) im Landeshaushalt frei werden, künftig stärker für ökologisch-orientierte Maßnahmen zur Verfügung stellen. Einen Teil dieser Mittel wollen wir als Anreiz einsetzen, um Gewässerrandstreifen wasserschutzgerecht zu nutzen und die Landwirte dafür entsprechend zu entschädigen. Außerdem wollen wir den Landwirten An-

gebote für eine Verringerung der Stickstoffdüngung zur Entlastung des Grundwassers machen.

Die bestehende Wasserschutzberatung der Landwirte durch die Wasserversorger soll ausgebaut werden. Die Wirksamkeit dieser Beratung muss aber verlässlich dokumentiert und evaluiert werden.

3. Werra und Weser wieder zu Süßwasserflüssen machen

Aufgrund der Gefahren für das Grund- und Trinkwasser wollen wir erreichen, dass die Genehmigung für die Versenkung durch das Unternehmen Kali & Salz nicht weiter verlängert wird und spätestens im Jahr 2015 endet. Das Unternehmen muss auch im eigenen Interesse dafür sorgen, dass die Abwässer aus den Kaliwerken so weit wie möglich reduziert werden. Die nicht vermeidbaren Abwässer sollten nach unserer Auffassung durch eine Fernleitung an die Nordsee verbracht werden, damit Werra und Weser ab dem Jahr 2020 wieder zu Süßwasserflüssen werden können. Studien zeigen, dass eine dem Ökosystem Nordsee angepasste Einleitung möglich ist und eine dauerhafte Entlastung des Fußsystems von Werra und Weser erfolgen kann.

4. Trinkwasserschutz geht vor Erdgasgewinnung

Erdgas wird in den kommenden Jahren bis zur Vollversorgung durch erneuerbare Energien noch eine wichtige Rolle spielen. Eine Erdgasförderung muss in Deutschland deshalb grundsätzlich möglich sein. Wir haben aber keinen Erdgasmangel und so keinen Grund unkonventionelle Erdgasvorkommen übereilt fördern zu wollen.

³ Vgl. Bündnis90/DIE GRÜNEN (2011). Moderne GRÜNE Verbraucherschutzpolitik – ein Konzept für Hessen (<http://www.gruene-hessen.de/landtag/materialien/moderne-gruene-verbraucherpolitik-ein-konzept-fuer-hessen/>)

Die Verunreinigung von Böden und Wasser mit toxischen Stoffen durch eine unkonventionelle Erdgassuche muss unter allen Umständen ausgeschlossen werden.

Wir wollen alle Möglichkeiten ausnutzen, die wir auf Landesebene innerhalb der Grenzen eines Bergrechts aus dem letzten Jahrhundert besitzen, um gefährliche Experimente mit unserem Trinkwasser durch Fracking zu verhindern:

- Solange nicht der Nachweis erbracht wurde, dass Fracking unschädlich für Mensch und Umwelt ist, fordern wir in Hessen und bundesweit ein Moratorium für Fracking.
- Generell lehnen wir den Einsatz von umwelttoxischen Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten ab.
- Die Anwendung des Wasserrechts und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie muss auch bei Bergbauvorhaben vorgeschrieben werden. Dem Schutz der Trinkwassergewinnung und den Belangen des vorsorgenden Gewässerschutzes ist daher Vorrang vor der Erschließung unkonventioneller Erdgaslagerstätten einzuräumen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das undemokratische Bundesberggesetz aus dem letzten Jahrhundert grundlegend novelliert wird. Dieses räumt aktuell dem öffentlichen Interesse des Bergbaus mehr Rechte ein als den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und der Umwelt. Wir wollen Regelungen schaffen, damit wir die Förderung von unkonventionellem Erdgas mit giftigen Chemikalien rechtssicher untersagen können und mehr Bürgerbeteiligung vorgeschrieben wird. Die Landesregierung hat sich bisher nur zu einem ersten

Schritt durchringen können und im Bundesrat eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung schon für die Suche nach unkonventionellem Erdgas unterstützt, die eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit und mehr Transparenz schafft. Ansonsten gibt es nur Lippenbekenntnisse und ein Spielen auf Zeit. Wir verlangen von der Landesregierung aber eine konsequente Entscheidung für ein Verbot von giftigen Chemikalien und ein echtes Moratorium für Fracking allgemein.

5. Umbau der überdimensionierten Wasser-Infrastrukturen beginnen

Der demografische Wandel, der Klimawandel und die ökologischen Folgen unserer Wassernutzung machen es notwendig, die Struktur unserer zentralen, häufig überdimensionierten und energieintensiven Wasser-Infrastruktur zu überprüfen und die beste Lösung für jeden Einzelfall zu finden. In manchen Fällen hat sich das zentrale System bewährt und kann leicht optimiert werden wie z.B. Energiegewinnung aus zentralen Kläranlagen. Doch in anderen Fällen, gerade in ländlichen Gebieten, in denen der demographische Wandel Einzug hält, entsteht zunehmender Anpassungsdruck.

Ein kompletter Rück- und Umbau zu solchen nachhaltigen Wasserinfrastruktursystemen ist finanziell und organisatorisch unmöglich zu bewerkstelligen und teilweise auch nicht zielführend. In Frage kommt nur der schrittweise Rück- und Umbau bei günstigen Gelegenheiten. Möglich ist dies bei ohnehin stattfindenden größeren Sanierungen oder Rückbauten der Wasserinfrastruktur und in Neubaugebieten.

Wir wollen eine Wasser-Infrastruktur in Form von Pilotprojekten nach vorne bringen, in der unterschiedlich belastete und verschmutzte Ab-

wässer getrennt abgeleitet und behandelt werden. Fäkalienfreies „Grauwasser“, wie es etwa beim Geschirrspülen und Wäschewaschen entsteht, wollen wir von fäkalienverschmutztem „Schwarzwasser“ der privaten Haushalte trennen. Auch sollen gewerblich-industrielle Abwässer stärker separat behandelt werden. Reststoffe können so besser herausgefiltert und Wärme optimal verwertet werden.

Die hessischen Kommunen wollen wir GRÜNE dabei als Partner für solche Pilotprojekte gewinnen, um die Potenziale eines solchen Rück- und Umbaus aufzuzeigen. Kommunen, die den Umbau ihrer Wasserinfrastruktur anpacken, wollen wir über finanzielle Förderung durch das Land in Form von Anreizprogrammen oder günstigen Krediten unter die Arme greifen.

6. Europäische Schutzvorschriften endlich voranbringen

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist die größte Nachhaltigkeitsvorgabe der EU. Ihre Zielsetzung: Alle Gewässer und das Grundwasser in Europa sollen in einen ökologisch „guten Zustand“ versetzt werden. Eigentlich bis 2015, mit Ausnahmegenehmigung spätestens bis 2027 müssen die Maßnahmen umgesetzt sein. 2015 ist jetzt schon illusorisch, 2027 immer noch anspruchsvoll und bedarf stärkerer Anstrengungen von Land und von den Kommunen als bisher. Obwohl das Land 65-80 Prozent der Maßnahmen finanziert, gibt es Probleme vor Ort. Denn für unsere Kommunen, die die Richtlinien umsetzen sollen, sind die Maßnahmen trotzdem noch sehr kostspielig und werden zudem von der Öffentlichkeit wenig belohnt.

Deshalb wollen wir GRÜNE:

- Maßnahmen für den Schutz des Wassers mit denen für Naturschutz verbinden, um die vorhandenen Mittel aus EU, Bund und

Land für Gewässer- und Naturschutzmaßnahmen optimal zu verbinden und dadurch zusätzlich mehr Mittel für die Kommunen zu Verfügung stellen zu können. Hier bedarf es auch der besseren Vernetzung der Behörden für Naturschutz und Wasserschutz, um die Landschaftsbereiche auszumachen bei denen Synergien erzielt werden können.

- Die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen unterstützen, um den Gewinn der teuren Maßnahmen für Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger stärker deutlich zu machen. Dabei können insbesondere Maßnahmen im Zuge der WRRL, die ökologische Verbesserungen mit mehr Raum für Freizeit und Erholung kombinieren, besonders überzeugen.

II. GESUNDE LUFT - DURCHATMEN IN HESSEN!?

Saubere Luft ist Lebensqualität, Gesundheitsvorsorge und Umweltschutz in Einem. In den vergangenen 20 Jahren hat die Luftbelastung in Deutschland und auch bei uns in Hessen bei den meisten Schadstoffen deutlich abgenommen. Die europäischen Grenzwerte für Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Benzol und Blei werden eingehalten. Das ist ein weiterer Erfolg der Umweltbewegung und der GRÜNEN, die seit Jahrzehnten Verbesserungen in Sachen Luftreinhaltung durch Industrie, Verkehr und Heiztechnik einforderten und vorangetrieben haben.

Die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid und Feinstaub ist in Hessen aber weiterhin besorgniserregend. Die Verunreinigung unserer Atemluft durch Stickstoffdioxid hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verringert, bei Feinstaub zeigt sich lediglich eine schwache Besserung. Besonders belastet ist in Hessen das Rhein-Main-Gebiet.

Die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid und Feinstaub birgt hohe Gesundheitsgefahren. Atemwegerkrankungen und Herz-Kreislaufprobleme nehmen dadurch zu und verursachen damit auch einen Anstieg der Sterblichkeit. Sozial benachteiligte Menschen sind deutlich häufiger von ungesunder Luftbelastung und dadurch verursachten Atemwegerkrankungen betroffen, da sie aufgrund niedriger Einkommen häufig an Hauptverkehrsstraßen wohnen, wo die Luft „dicker“ und die Mieten oft niedriger sind. Zudem tragen die Rußpartikel im Feinstaub zu etwa 16 Prozent zur Erderwärmung bei. Da sie sich in der Erdatmosphäre aber wesentlich

schneller abbauen, als Kohlendioxid - der Hauptverursacher des Treibhauseffekts, kann eine Reduktion dieser Rußemissionen rasch zu spürbaren Ergebnissen führen und die Erderwärmung verlangsamen.

Stickstoffdioxid in unserer Luft wird als saurer Regen ausgewaschen und belastet so unsere Böden, Wälder und Gewässer in Hessen. Saurer Regen wirkt sich negativ auf die natürlichen Stoffkreisläufe aus: auf Nährstoffkreisläufe, das Wachstum von Pflanzen sowie deren Anfälligkeit für Schädlinge - und damit auch auf die Gesundheit und die Widerstandsfähigkeit unserer hessischen Wälder.

Über 60 Prozent der Stickstoffdioxid-Emissionen werden in unserem Bundesland durch den Kfz-Verkehr verursacht - hauptsächlich durch mit hoher Geschwindigkeit fahrende PKWs sowie durch schwere LKWs. Gefolgt von der Industrie, die in der Statistik mit 14 Prozent an zweiter Stelle der Emittenten von Stickstoffdioxid steht.⁴ Auch der gesundheitsgefährdende Feinstaub wird in Hessen hauptsächlich durch Kraftfahrzeuge verursacht (50 Prozent); die Industrie folgt mit 27 Prozent und Gebäudeheizungen tragen 19 Prozent zur dieser Form der Luftbelastung bei.⁵

Deshalb wollen wir GRÜNE weitere wirkungsvolle Maßnahmen statt Blockaden in Sachen Luftreinhaltungspolitik. Auf Landesebene können wir direkt am Hauptverursacher der beiden Schadstoffe, dem Verkehr ansetzen. Grenzwertverschärfungen der Industrie sind dagegen Bundesangelegenheit.

⁴ Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie: Faltblatt Stickstoffdioxid www.hlug.de/fileadmin/dokumente/luft/faltblaetter/NO2_Broschuere.pdf

⁵ Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie: Faltblatt Feinstaub www.hlug.de/fileadmin/dokumente/luft/faltblaetter/PM10_Broschuere.pdf



MASSNAHMEN FÜR GESUNDE LUFT ZUM ATMEN

1. Unsere Stadt ist eine Umweltzone

Wir GRÜNE wollen die Blockade bei der Einrichtung von Umweltzonen in unserem Bundesland endlich aufheben. Denn Umweltzonen sind ein geeignetes und sanftes Mittel, um gefährliche Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung in unseren Städten zu verringern. Deshalb werden wir die hessischen Kommunen, die Umweltzonen einrichten wollen oder für die Einhaltung der EU-Grenzwerte sorgen müssen, umfassend unterstützen.

WAS IST EINE UMWELTZONE?

Eine Umweltzone ist ein festgelegter Bereich, in dem der Verkehr umwelt- und stadtvträglicher gestaltet werden soll. Insbesondere soll die Luftbelastung dadurch reduziert werden. Zu diesem Zweck wird festgelegt, welche Fahrzeuge in der Umweltzone fahren dürfen. Die Fahrzeugstandards entsprechen gewöhnlich den Schadstoffgruppen und werden mit einer Umweltplakette (rot, gelb oder grün) an den Autos angezeigt. Fahrzeuge, die in die Umweltzonen einfahren, werden dementsprechend kontrolliert.

Beim Feinstaub ist der Rußanteil besonders problematisch. Und hier wirkt die Umweltzone beträchtlich. So hat sich etwa in der Bundeshauptstadt Berlin der Rußanteil im Feinstaub um 60 Prozent verringert, nachdem nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in die dortige Umweltzone einfahren durften. Die Forscher des Helmholtz-Instituts schätzen, dass so pro Jahr etwa 140 vorzeitige Todesfälle allein in Berlin vermieden werden können. Wird die Ausweisung von Umweltzonen aber blockiert, haben Kommunen keine Möglichkeiten, um die Luftbelastung vor Ort zu reduzieren.

Wie stark eine Umweltzone wirkt, hängt ganz davon ab, wie sie ausgestaltet ist. Um die Gesundheit unserer Bevölkerung sowie Umwelt

und Natur bestmöglich zu schützen, ist es unser Ziel, vorhandene und künftige Umweltzonen möglichst schnell und wirkungsvoll umzusetzen. Fahrzeuge müssen zudem regelmäßig und flächendeckend kontrolliert werden, damit die Umweltzonen ihre ganze gesundheitsfördernde Wirksamkeit entfalten. Außerdem kann es sinnvoll sein, die Umweltzonen mit anderen Maßnahmen zu verbinden wie einem Lkw-Fahrverbot durch die Innenstadt.

2. Regionale Umweltzone angehen

Umweltzonen sind besonders effektiv, wenn sie großflächig angelegt sind und neben den innerörtlichen Straßen auch Autobahnen mit einbezogen werden. Das wollen wir GRÜNE konsequent weiter entwickeln. Dem entsprechend positiv stehen wir etwa der gemeinsamen Initiative mehrerer Städte im Rhein-Main-Gebiet gegenüber, eine regionale Umweltzone zu schaffen. Denn durch ein solches gemeinsames Vorgehen können Standortnachteile für einzelne Kommunen vermieden werden und alle in der Region davon in Form von weniger belasteter Luft profitieren.

3. Tempolimit auf hessischen Autobahnen

Ein Tempolimit auf Hessens Autobahnen ist aus Gründen des Klimaschutzes und der Verkehrssicherheit längst überfällig. Wir sprechen uns auf allen Autobahnen für ein Tempolimit von höchstens 130km/h für PKWs und höchstens 100km/h für Transporter bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht aus. In Gebieten wie dem Rhein-Main-Gebiet, in dem eine besondere Belastung der Luft, aber auch durch den Lärm besteht, sollte die Höchstgeschwindigkeit noch wirkungsvoller reduziert werden. Diese wären für PKWs 120 km/h bzw. 100 km/h und für Transporter bis 3,5 Tonnen 80

km/h. Die Hintergrundbelastung unserer Luft mit Stickstoffdioxid würde dadurch erheblich reduziert, da dieser Schadstoff besonders bei hohen Geschwindigkeiten freigesetzt wird.

4. Die Verkehrswende in Hessen beginnen

Die Einrichtung von Umweltzonen und Tempolimits wollen wir GRÜNE in eine umfassende Verkehrswende münden lassen. Wir setzen dabei auf ein integriertes Konzept aus Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Verkehrsverbesserung.

Was eine solche Verkehrswende im Einzelnen den Bürgerinnen und Bürgern an Vorteilen bringen kann und wie wir sie im Detail anpacken wollen, das ist ausführlich im Verkehrskonzept⁶ der hessischen Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachzulesen.



⁶ Siehe unter <http://www.gruene-hessen.de/landtag/files/2012/08/KP18-web1.pdf>

III. UNSEREN BODEN NICHT UNTER DEN FÜSSEN VERLIEREN

Ein großes, wenn auch öffentlich meist nur unzureichend beachtetes Umweltproblem ist auch bei uns in Hessen der weiterhin viel zu hohe Flächenverbrauch. Tagtäglich wird hessischer Boden „verbraucht“ - verdichtet, versiegelt und umgelagert. Einmal zerstört oder überbaut, können diese Flächen nur mit hohem Aufwand wieder in ihren natürlichen Zustand zurück versetzt werden.

Deshalb muss der Flächenverbrauch auch bei uns in Hessen dringend und systematisch reduziert werden. Dabei setzen wir GRÜNE auf eine Politik, deren zentrale Vorgabe das Netto-Null-Ziel ist. Wir wollen, dass sich die Nutzung von Böden und Flächen künftig in einem Kreislauf vollzieht, bei dem für jede neu genutzte und versiegelte Fläche eine andere, gleichwertige Fläche der Natur zurückgegeben wird. So könnte sich der Flächenverbrauch in Hessen auf einen Gesamtwert von „Netto Null“ reduzieren.

Denn auch im Umgang mit der endlichen Ressource Boden müssen wir in Hessen auf Nachhaltigkeit setzen, da auch intakte Flächen und Böden für uns lebensnotwendig sind. Gesunder Boden trägt gesunde Nahrungsmittel, filtert unser Grundwasser „kostenlos“ und trägt damit erheblich zur Qualität unserer Trinkwasserversorgung bei. Weltweit speichern Böden fünfmal mehr Kohlenstoff als Pflanzen und sind nach den Meeren damit zweitgrößter Treibhausgasspeicher. Auch in Sachen Artenvielfalt spielen natürliche Flächen und Böden eine zentrale Rolle.

Auch ansonsten tut uns Flächenverlust auf Dauer nicht gut. Uns gehen dadurch wichtige Freizeit- und Erholungsräume und wertvolle Landschaften

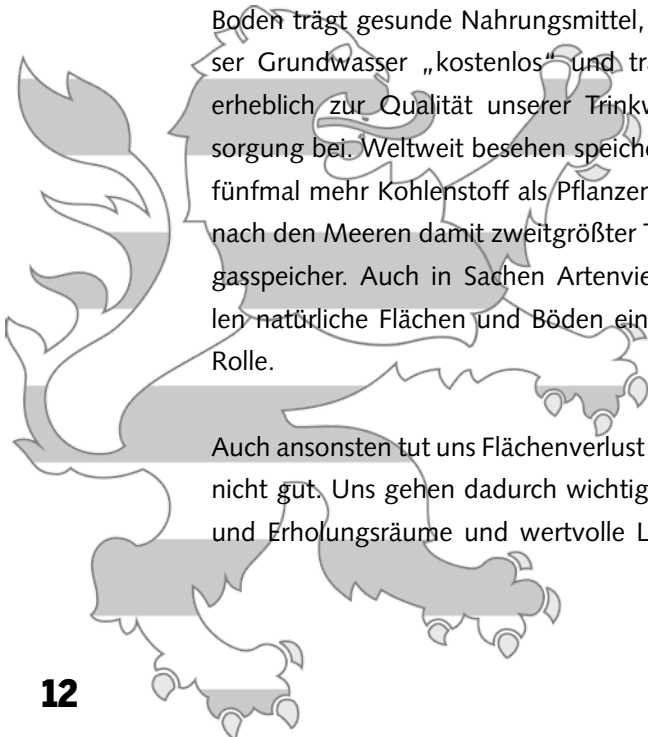
verloren. Zersiedelung lässt unsere Wege immer weiter werden und die Kosten für unsere Mobilität wie die damit einher gehenden Umweltbelastungen steigen. Neubaugebiete belasten die kommunalen Finanzen, da sie erhebliche Folgekosten zum Beispiel für Straßen, Kanalisation und andere Infrastruktur nach sich ziehen. Und nicht zuletzt verschärfen versiegelte Flächen entlang von Flüssen und Bächen die Folgen von Hochwasser. Auch der hessischen Landwirtschaft schadet der Flächenverbrauch. 98 Prozent der Flächen, die unter Siedlungen und Straßen in Hessen verloren gehen, waren davor wertvoller, landwirtschaftlich genutzter Boden.

In Summe verlieren wir in Hessen täglich rund 3,6 Hektar wertvoller Flächen und Böden. Es gibt zwar ein Flächensparziel von maximal 2,5 Hektar täglichem Bodenverbrauch, das bis 2020 erreicht werden soll. Unternommen wurde bislang aber wenig, um es auch zu erreichen.

MASSNAHMEN FÜR ECHTES FLÄCHENSparen – WIDER DIE SINNLOSE BETONPOLITIK

1. Flächen neu verwalten: Flächenressourcenmanagement einführen

Wir plädieren für ein kommunales Flächenressourcenmanagement, um unsere wertvollen hessischen Flächen und Böden zu schonen. Dabei werden alle Brach- und Freiflächen sowie Baulücken einer Kommune in einer Datenbank erfasst und auch auf ihre ökologische Qualität hin beurteilt.



Denn in unseren Kommunen ist mehr Platz, als sich auf den ersten Blick erschließt. Dort kann hochwertige, städtebauliche Entwicklung stattfinden, ohne dass gleich Neubaugebiete ausgewiesen werden müssen. Baulücken können geschlossen und Freiflächen in der Bebauung behutsam genutzt werden. Besonders großes Entwicklungspotenzial bieten Gewerbe- und Industriebrachen. Das Umweltbundesamt schätzt die Gesamtfläche solcher Brachen auf aktuell über 100.000 Hektar. Das entspricht dem bundesweiten Flächenverbrauch von drei Jahren.

Bei der Nahverdichtung in Ballungsgebieten muss allerdings auch darauf geachtet werden, grüne Lungen und Luftschneisen mit einzuplanen. Nahverdichtung hat aus ökologischen Gesichtspunkten auch Grenzen.

2. Bodenschutz so populär wie Wasser- und Stromsparen machen

Bodenschutz klingt wenig attraktiv und ist deshalb bisher kaum in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger und bei den Verantwortlichen in den Kommunen angekommen. Über dessen Notwendigkeit muss deshalb umfassend und systematisch informiert werden. Wir brauchen gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, die alle Akteure für das Problem sensibilisieren und Lösungen etwa in Form von Best Practice Beispielen bekannt machen.

Dabei ist der Aspekt der „Kostenwahrheit“ besonders wichtig für einen Bewusstseinswandel bei den EntscheiderInnen in den Städten und Gemeinden. Denn oft werden die Kosten der Kommune für neue Wohngebiete unterschätzt und die Aufbereitung von Brachflächen dagegen für viel zu teuer gehalten. Dabei gibt es längst Software, mit der sich sowohl die Kosten der Erschließung eines Neubaugebiets sowie die Fol-

gekosten für den zukünftigen Betrieb und Erhalt der Infrastruktur ermitteln lassen. Auch solche Programme sollten den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

3. Die Neufassung des Grundsteuerrechts vorantreiben

Seit Jahren wird die überfällige Neufassung des Grundsteuerrechts diskutiert, diese muss gerade auch unter dem Aspekt des Flächensparens endlich erfolgen. Die Besteuerung soll auf neue Grundlagen gestellt werden und an der planerischen Qualität der jeweiligen Fläche ansetzen. Auf diese Weise würden sowohl eine sinnvolle und moderate Nachverdichtung im besiedelten Bereich gefördert als auch die bislang übliche, üppige Bevorratung von geplanten zukünftigen Siedlungsflächen deutlich verteuert, eine wichtige Voraussetzung für möglichst sparsamen Flächenverbrauch. Wir wollen, dass entsprechende Initiativen auf Bundesebene von Hessen aus initiiert bzw. unterstützt werden. Das Konzept, welches u.a. der schwarz-gelben hessischen Landesregierung zur Reform der Grundsteuer vorschwebt, ist allerdings das Gegenteil von ökologischer Lenkung: Dort werden der verdichtete Geschosswohnungsbau bestraft, dagegen würde die Villa am See genauso niedrig besteuert werden wie das Häuschen an der Autobahn.



IV. DEN NATUR UND ARTENSCHUTZ IN HESSEN STARK MACHEN

Anspruch GRÜNER Naturschutzpolitik ist es, die Natur um ihrer selbst Willen und selbstverständlich auch um uns Menschen Willen zu bewahren. Denn zum einen tragen wir Menschen aufgrund der Macht unserer Spezies heute umfassende Verantwortung für den Schutz der gesamten Schöpfung auf der Erde. Zum anderen sind auch wir Teil der Natur und schaden uns durch ihre Zerstörung und den Verlust von Arten immer auch selbst.

Deshalb ist Naturschutz für uns GRÜNE eine wesentliche und zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Dabei muss Naturschutzpolitik auch bei uns in Hessen die Leistungsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes ebenso im Blick haben wie die nachhaltige Nutzung unserer Naturgüter. Ebenso muss die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt, die Eigenart und Schönheit unserer Landschaften ausmachen, erhalten bleiben.

Seit den siebziger Jahren wird von der Wissenschaft auf den alarmierenden Rückgang der biologischen Vielfalt weltweit hingewiesen. Der Artenverlust, dem zumeist die Beeinträchtigung und Zerstörung natürlicher Lebensräume vorangeht, ist unter anderem auf die Inanspruchnahme von Land für Siedlungsflächen und Verkehrswege, intensive Landwirtschaft, Luftschadstoffe, Wasserentnahmen und Schadstoffbelastungen zurückzuführen. Der Klimawandel bedroht die Biodiversität auf unserer Erde - wörtlich übersetzt: „die Vielfalt des Lebens“ - zusätzlich.

Auch bei uns sterben Tiere und Pflanzen aus

Wenn bei uns in Hessen in Einzelfällen wieder Luchse oder Wölfe gesichtet werden, dann ist

das selbstverständlich immer ein Grund zur Freude. Aber das bedeutet nicht, dass sie hier wieder heimisch und in größeren Populationen zu vermuten wären. Und das Medienecho, das solchen Sichtungen regelmäßig folgt, kann auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Artenvielfalt bei uns in Hessen dramatisch bedroht ist.

In unserem Bundesland vollzieht sich ein schleichendes Aussterben heimischer Tier- und Pflanzenarten, das lediglich in den Mitgliederzeitschriften der Naturschutzverbände traurigen Widerhall findet. Und die schwarz-gelbe Landesregierung schaut lieber weg und kann mittlerweile nur noch eine absolut unzureichende Datenlage vorweisen, was die Bestände und Gefährdungen anbelangt. Die Rote Liste der Säugetiere des Landes Hessen etwa stammt noch aus dem Jahr 1995 aus rot-grüner Regierungszeit. Seitdem wurde sie nicht mehr aktualisiert, obwohl die regelmäßige Überarbeitung Roter Listen zwingende Voraussetzung ist, um die Bedrohung der erfassten Bestände frühzeitig zu erkennen.

Die Anzahl der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten in Hessen ist groß. Dazu zählen auch bekannte Tierarten wie der Feldhamster und der Feldhase. Von den heimischen Brutvogelarten befinden sich über die Hälfte in einer Gefährdungskategorie.⁷ Dazu zählt der Schwarzstorch, aber auch der Rotmilan wird absehbar auf der Roten Liste zu finden sein. Von den bei uns heimatisierten achtzehn Amphibienarten sind dreizehn, und von den zehn Reptilien-Arten sind sechs gefährdet - darunter Kreuzotter, Moorfrosch und Westliche Smaragdeidechse. Auch

⁷ Bericht Wald und Naturschutz in Hessen 2007/2010, Nov. 2011, HMUELV S. 122

bei den Farn- und Samenpflanzen sind zahlreiche Arten - besonders die Arten des Grünlandes - in ihrem Bestand weiter zurückgegangen. Einige davon sind landesweit oder zumindest in einigen Regionen ganz verschwunden.⁸ Zahlreiche ehemals in Hessen häufige Ackerwildpflanzen wie Acker-Leinkraut und Acker-Hasenohr befinden sich auf dem Rückzug. Ursachen hierfür sind überwiegend der Einsatz von Herbiziden und Düngemitteln in der Landwirtschaft.⁹

Nach Einschätzung des Bundesamts für Naturschutz (BfN) werden die Auswirkungen des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten die Tier- und Pflanzenarten in Deutschland - und damit auch bei uns - zusätzlich in erheblichem Maße gefährden. Fachleute sprechen von bis zu 30 Prozent der Arten, die speziell durch den Klimawandel bedroht seien.

MASSNAHMEN ZUM NATUR- UND ARTENSCHUTZ IN HESSEN

1. Stopp der unverantwortlichen schwarz-gelben Politik

Anstatt den wachsenden Problemen mit einer wirkungsvollen Natur- und Artenschutzpolitik zu begegnen, hat die hessische Landesregierung unter CDU-Führung den Naturschutz in unserem Bundesland in den vergangenen Jahren systematisch beschnitten und blockiert. Selbst Beschlüsse des Hessischen Landtags werden bis heute ignoriert. Ein gutes Beispiel dafür ist der im Jahr 2008 auf Initiative von uns GRÜNEN beschlossene Auftrag an die Landesregierung, eine Biodiversitätsstrategie für Hessen zu entwickeln (Drs. 17/134). Und im Gegensatz zu anderen Bundesländern kann man in Hessen, wenn es

um die Vernetzung von Biotopen geht, bisher nur auf eine höchst unzureichende Datenbasis zurückgreifen.

WAS IST EIN BIOTOPVERBUND?

Wenn gleichartige Lebensräume miteinander vernetzt werden, spricht man von einem Biotopverbund. Ziel ist, auf diesem Wege das Überleben der gefährdeten Arten, wie zum Beispiel das der Wildkatze, durch genetischen Austausch zu sichern. Bei der Vernetzung kommt es darauf an, dass die dazwischenliegenden Acker-, Wiesen- und Waldflächen möglichst naturverträglich genutzt werden. Vernetzungselemente sind zum Beispiel Heckenstreifen auf Ackerland, Grünbrücken oder Tunnel, die von Tieren zum Überqueren bzw. Unterqueren breiter Straßen und Autobahnen genutzt werden können.

Hessen schneidet auch, was den Flächenanteil der Natur- und Landschaftsschutzgebiete an seiner Gesamtfläche betrifft, schlecht ab und belegt bei diesen Rankings hinter allen anderen Bundesländern jeweils den letzten Platz.¹⁰ Im Dezember 2006 wurden die 15 großen hessischen Landschaftsschutzgebiete mit zusammen über 400.000 Hektar Fläche aufgehoben und auch zuvor geschützte landestypische Biotope wie Trockenmauern und Hohlwege aus dem Schutz genommen. Zusätzlich wurden die Mitwirkungsrechte von im Naturschutz tätigen Menschen beschnitten und die Naturschutzbeiräte bei den hessischen Regierungspräsidien abgeschafft.

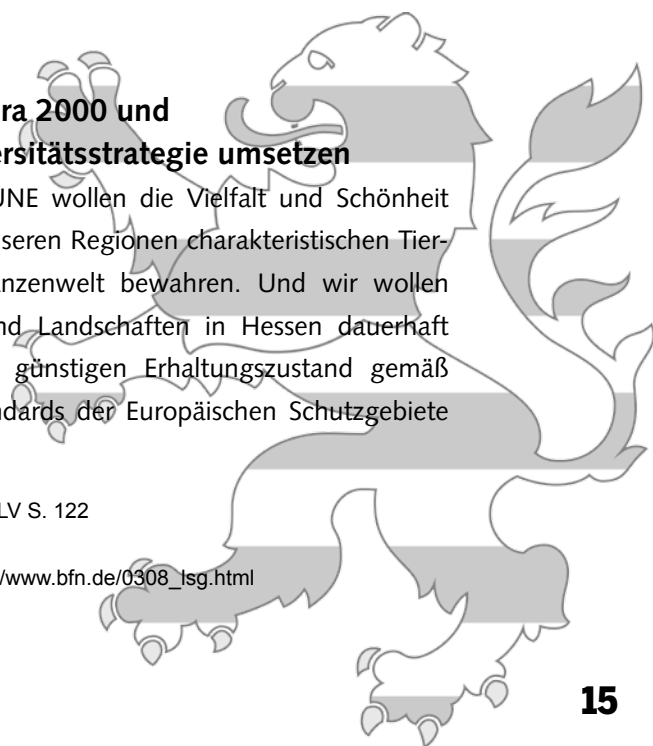
2. Natura 2000 und Biodiversitätsstrategie umsetzen

Wir GRÜNE wollen die Vielfalt und Schönheit der in unseren Regionen charakteristischen Tier- und Pflanzenwelt bewahren. Und wir wollen Natur und Landschaften in Hessen dauerhaft in einen günstigen Erhaltungszustand gemäß den Standards der Europäischen Schutzgebiete

⁸ Bericht Wald und Naturschutz in Hessen 2007/2010, Nov. 2011, HMUELV S. 122

⁹ FENA Jahresbericht 2010, S. 34

¹⁰ Bundesamt für Naturschutz (BfN) Stand 31.12.2009, siehe unter: http://www.bfn.de/0308_lsg.html



(Netzwerk Natura 2000) bringen. Dabei setzen wir insbesondere auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Land- und Forstwirten sowie auf eine alternative Verkehrspolitik, die sich ganz wesentlich ebenfalls an den Belangen des Natur- und Umweltschutzes orientieren muss.

Die bundesweite Biodiversitätsstrategie wollen wir GRÜNE mit dem Ziel des Erhalts der Artenvielfalt systematisch auf Hessen herunter brechen. Die Naturparks wollen wir über Schutzgebietsverordnungen wieder besser schützen.

Was den Erlass von Gesetzen und Verordnungen betrifft, so wollen wir GRÜNE, dass sie künftig automatisch immer auch einer Biodiversitätsverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

3. Fördermittel für die Landwirtschaft stärker auf Natur- und Artenschutz ausrichten¹¹

Hessen hat die Möglichkeit, bereits im Vorgriff auf die Ergebnisse der Europäischen Agrarreform 2013 aktiv zu werden und Weichen in Richtung einer natur- und umweltverträglicheren Landwirtschaft zu stellen. In dem Zusammenhang wollen wir GRÜNE überprüfen, wie zielgenau und effektiv die vorhandenen knappen Landesfördermittel für die Landwirtschaft eingesetzt werden können. Damit können wir auch in dem Bereich auf die Auswirkungen des Klimawandels und auf den Artenverlust reagieren und vorhandene Fördermittel mit Blick auf den Natur- und Umweltschutz künftig sinnvoller einsetzen.

Insbesondere die konventionelle Landwirtschaft, die gut 90 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Hessen bewirtschaftet, wollen wir durch

Förderanreize für mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz gewinnen. Innerhalb des Entwicklungsplans Ländlicher Raum (EPLR), der die Verwendung von EU- und Bundesmitteln zur Förderung unserer ländlichen Regionen regelt, sehen wir Möglichkeiten, dazu Fördermittel umzuschichten und gezielte Schritte einzuleiten.

Im Einzelnen wollen wir GRÜNE:

- Den Ökologischen Landbau bei uns in Hessen als wichtigen Beitrag für eine umwelt-, klima- und tiergerechte Landwirtschaft ausweiten.
- Hessens Landwirtschaft gentechnikfrei halten.
- Bioenergie in Hessen umwelt- und klimagerecht erzeugen.
- Bienenfreundliche Landwirtschaft durch die Anlage von Blühstreifen auf Äckern, an Gewässerrändern und auf intensiv genutzten Grünflächen unterstützen.
- Vielfältige Fruchtfolgen fördern. Denn mehrere aufeinander folgende unterschiedliche Anbaukulturen auf einer landwirtschaftlichen Fläche sorgen dafür, dass Pflanzenkrankheiten und somit auch der Einsatz von Agrarchemie reduziert werden können und sich der Humusgehalt der Böden erhöht. Zusätzlich wirken vielfältige Fruchtfolgen positiv auf den Erhalt der Artenvielfalt in Kulturlandschaften.
- Den Anbau von Leguminosen fördern. Denn Leguminosen wie zum Beispiel Rot-

¹¹ Bundesamt für Naturschutz (BfN) Stand 31.12.2009, siehe unter: http://www.bfn.de/0308_lsg.html

kle und Luzerne sind natur- und umweltfreundliche Alleskönner: sie binden den für das Pflanzenwachstum wichtigen Stickstoff aus der Luft im Boden und tragen damit zum Klima- und zum Bodenschutz bei.

4. Die Natur in die Stadt zurückholen

Natur und Naturschutz sind auch in unseren Städten und Ballungsräumen von außerordentlichem Wert und beileibe keine Behinderung der Wirtschaft oder der Infrastruktur. Ganz im Gegenteil: sie sind auch wesentliche Bausteine einer Erfolg versprechenden Standort- und Wirtschaftspolitik.

Denn mehr Natur und Grün macht unsere Städte attraktiver, insbesondere für Familien mit Kindern. Weitere positive Folgen sind: ein geringerer Bedarf an Neubaugebieten an den Stadträndern und damit einhergehend die Reduzierung des auch in Hessen viel zu hohen Flächenverbrauchs, weniger Zersiedelung unserer Landschaften und geringere Wohnungsleerstände in den Städten selbst.

Erhalt und Neuanpflanzungen von Bäumen und Sträuchern verbessern zudem die Luftsituation und reduzieren die Hitzebildung in unseren Städten und steigern auch dadurch ihre Lebensqualität.

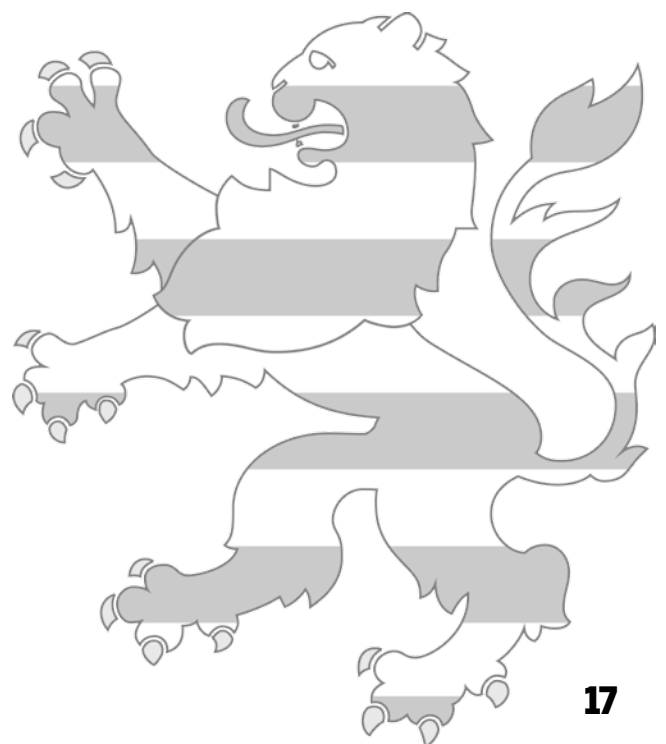
Mehr Bäume in urbaner Umgebung sind zudem ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Bäume entziehen der Atmosphäre das Treibhausgas Kohlendioxid, binden es und geben dafür Sauerstoff wieder ab.

Die Auswirkungen des Klimawandels auch bei uns in Form von immer mehr Sommertagen mit

Temperaturen von mindestens 25 Grad Celsius, „heißen Tagen“ mit Mindesttemperaturen ab 30 Grad Celsius sowie Tropennächten (Mindesttemperatur ab 20 Grad Celsius) machen es sogar dringend erforderlich, wieder mehr Natur in unsere Städte zurückzubringen, wie eine Studie des Deutschen Wetterdienstes über die mögliche Entwicklung des Klimas in Frankfurt unterstreicht.

Profitieren von mehr Natur in den Städten können selbst Kommunen mit finanziellen Problemen. Sie können Grünflächen aus der teuren Intensivpflege herausnehmen und damit gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zum innerstädtischen Artenschutz leisten, indem sie etwa Wildpflanzen Raum geben.

Mehr Natur und Grün in unsere Städte zurückzuholen, eröffnet zudem Städteplanern und Architekten vielfältige Möglichkeiten, spannende gestalterische Akzente zu setzen - zum Beispiel in Form von Gründächern und vertikalen Gärten an Bürokomplexen und Hochhäusern.



V. SO SCHÜTZEN WIR DIE HESSISCHEN WÄLDER

Der Wald als größter weitgehend naturnaher Lebensraum hat vielfältige ökologische und soziale Funktionen und ist gleichzeitig ein wichtiger Rohstoff- und Energielieferant. Der Wald erfüllt wichtige Naturschutzfunktionen, wie die Luftreinhaltung, die Grundwasserbildung, Lärm und Sichtschutz. Er ist Lebensraum von Tieren und Pflanzen. Der Wald dient der Bevölkerung als Erholungsraum, ist aber auch Arbeitsplatz für viele Menschen sowie Grundlage bedeutender Wirtschaftszweige. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung in hessischen Wäldern, die die vielfältigen Wohlfahrtsfunktionen des Waldes berücksichtigt und bewahrt. Eine rein an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Waldpolitik lehnen wir ab.

Wir wollen einen offenen Bürgerwald, wo der Wald als Gemeingut allen offen steht. Dabei ist die gegenseitige Rücksichtnahme und die Rücksicht auf die Natur oberstes Gebot.

Die leider noch deutlich zu hohen Waldschäden in Deutschland bedeuten auch für alle Waldbesitzer, damit auch für den Staatswald und für viele Kommunen, einen Vermögens- und Ertragsverlust.

Hessen ist mit 42% der Landesfläche das walddominanteste der 16 deutschen Bundesländer. Davon ist ein Drittel in Landesbesitz und ein weiteres Drittel Kommunalwald. Der Staatswald - und mit entsprechenden Verträgen auch fast alle Kommunalwälder und viele Privatwälder - werden durch den Landesbetrieb Hessen Forst bewirtschaftet und befördert. Der Staatswald ist zertifiziert nach den Richtlinien des PEFC. Im Forstamt Dieburg wird in einem Modell die Bewirtschaftung des Staatswaldes nach den Kriterien des FSC Deutschland erprobt.

Unser Leitbild für Hessens Wälder ist die naturgemäße Waldwirtschaft mit strukturreichen, vielfältigen und sich selbst verjüngenden Wäldern, in denen Pflanzungen und Wildschutzmaßnahmen nur in Ausnahmefällen notwendig sind.

WAS BEDEUTEN PEFC UND FSC IN DER WALD-ZERTIFIZIERUNG?

Die Zertifizierungssysteme für nachhaltige Holzwirtschaft heißen PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council).

Dahinter steht die Förderung einer umweltfreundlichen, sozial förderlichen und ökonomisch tragfähigen Bewirtschaftung von Wäldern und für einen verantwortungsvollen Umgang mit den globalen Waldressourcen. Die Kriterien dafür werden vom Waldbewirtschaftungsrat festgelegt. Dabei sind die Zertifizierungskriterien beim FSC im Vergleich zum PEFC strenger geregelt was die Baumarten, die bewirtschaftungsfreien Flächen, den Totholzanteil, den Einsatz von Pestiziden oder die Kontrollen betreffen. Im FSC reden neben den Waldbesitzern auch Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucher mit.

MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER WÄLDER

1. Eine nachhaltige Waldwirtschaft etablieren

Um unsere Wälder auch mit Blick auf die steigende Zahl von Witterungsextremen infolge des Klimawandels stabiler zu machen, wollen wir eine naturgemäße Waldwirtschaft, deren Grundlage strukturreiche, ungleichaltrige und gemischte Wälder sind.

Auf Kahlschläge soll dabei verzichtet werden. Bodenschutz soll durch eine konzentrierte Lenkung der Forstmaschinen mit möglichst geringer Inanspruchnahme der Waldfläche erfolgen. Zu einer nachhaltigen Waldwirtschaft gehört

für uns GRÜNE weiter: Kein Gift im Wald! Auf den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln im Wald soll ebenfalls verzichtet werden. Auch gentechnisch veränderte Organismen haben nichts in hessischen Wäldern zu suchen und dürfen dort grundsätzlich nicht freigesetzt werden. Das Land soll bei der naturgemäßen Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder bei uns in Hessen Vorbild sein, um Kommunen und Privatwaldbesitzer zu ermuntern, diesem Beispiel zu folgen.

Wir GRÜNE kämpfen für den Erhalt der Wälder im Hessischen Ried, die wegen ihrer natürlichen Funktionen sowie als Freizeit- und Erholungsgebiete für die Menschen im Ballungsraum Rhein-Main von großer Bedeutung sind. Aufgrund des stark gesunkenen Grundwasserspiegels infolge der Nutzung durch den Menschen drohen die Wälder im Hessischen Ried auf großen Flächen abzusterben. Deshalb wollen wir keine Erweiterung der Grundwasserentnahmen dort zulassen und die Wasserwerke in der Region daran beteiligen, die Waldschäden auszugleichen und die dringend notwendige Grundwasseraufspiegelung fortzuführen.

2. Natur- und Artenschutz im Wald

Neben einer ganzheitlichen Forstwirtschaft und Naturschutzmaßnahmen im bewirtschafteten Wald wollen wir im Rahmen der Biodiversitätsstrategie auf fünf Prozent der gesamten hessischen Waldfläche eine natürliche Entwicklung unserer Wälder ohne Nutzung zulassen.

Den Natur- und Artenschutz im Wald wollen wir GRÜNE im Einzelnen so voranbringen:

- Den Hessischen Staatswald wollen wir nach den Kriterien des FSC-Deutschland zertifizieren.

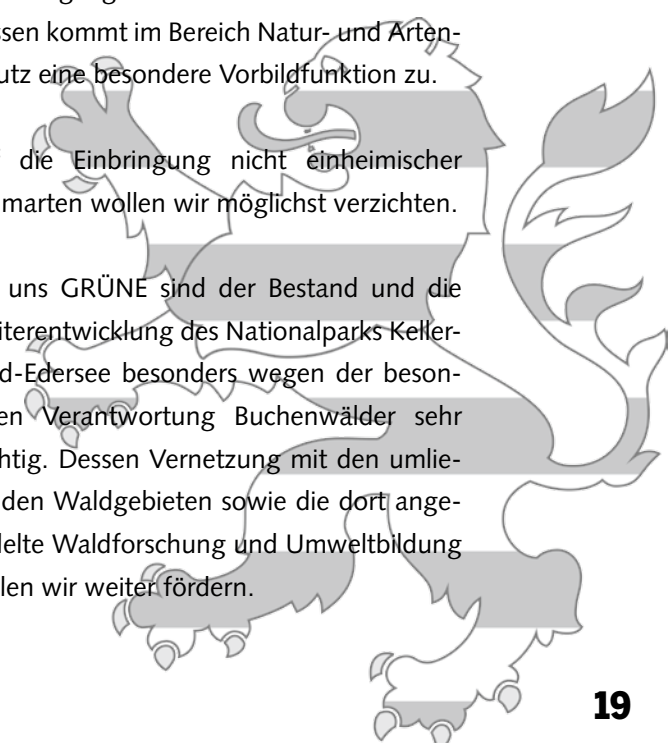
- Großflächige Wald-Naturschutzgebiete müssen mit kleineren Naturwaldreservaten vernetzt werden, um einen genetischen Austausch seltener Arten - wie beispielsweise der Wildkatze - zu ermöglichen. Im Wirtschaftswald erreichen Bäume nur sehr selten ihr natürliches Alter. Das bedroht die Lebensgemeinschaften, die auf alternde Bäume und Totholz angewiesen sind. Deshalb wollen wir GRÜNE zehn Bäume pro Hektar im öffentlichen Wald in Hessen als Biotopbäume ausweisen und unter Schutz stellen. Sie sollen ihr natürliches Alter erreichen dürfen und auch als Totholz dem Wald erhalten bleiben, um den Artenschutz im bewirtschafteten Wald zu stärken.

- Während der Brut- und Setzzeit wollen wir GRÜNE den Laubholzeinschlag und die Brennholz-Selbsterwerbung im öffentlichen Wald untersagen. In der Umgebung von Horsten (z. B. von Schwarzstorch, Rotmilan und Wespenbussard) soll der Charakter des Waldbestandes auf Dauer erhalten bleiben.

- Die Naturschutzleitlinie im Wald werden wir GRÜNE weiterentwickeln und den Vertragsnaturschutz weiter fördern. Denn gerade dem Umgang mit dem öffentlichen Wald in Hessen kommt im Bereich Natur- und Artenschutz eine besondere Vorbildfunktion zu.

- Auf die Einbringung nicht einheimischer Baumarten wollen wir möglichst verzichten.

- Für uns GRÜNE sind der Bestand und die Weiterentwicklung des Nationalparks Kellerwald-Edersee besonders wegen der besonderen Verantwortung Buchenwälder sehr wichtig. Dessen Vernetzung mit den umliegenden Waldgebieten sowie die dort angesiedelte Waldforschung und Umweltbildung wollen wir weiter fördern.



3. Ein Bürgerwald der allen offen steht und echten Bannwaldschutz

Wir betrachten den öffentlichen Wald in Hessen als Bürgerwald. Er dient der Erholung der Bürgerinnen und Bürger und steht grundsätzlich allen Erholungssuchenden offen. Es gilt das Prinzip gegenseitiger Rücksichtnahme und Rücksicht auf die Natur im Wald. Eine intelligente Wegeplanung und sinnvolle Besucherlenkung sind konstruktive Formen, um alle Erholungssuchenden im Wald für eine naturschonende Freizeitnutzung zu gewinnen. Denn es gilt der Grundsatz, die Menschen an die Natur im Wald heranzuführen und sie nicht auszuschließen. Dabei ist der Interessenausgleich zwischen Forstwirtschaft, Erholung, Naturschutz und Jagd zu beachten.

Wir wollen das vielfältige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, von Natur- und Umweltschutzverbänden nutzen und diese wenn möglich bei allen Fragen des Hessischen Waldes einbeziehen und sie ermuntern sich für das Wohl des Waldes einzusetzen.

Besonders Wälder in städtischen Gebieten erfüllen vielfältige Funktionen. Sie absorbieren schädliche Emissionen und dienen der Erholung. Deshalb werden wir die bestehenden Bannwälder und die bedrohten Wälder im Ballungsraum Rhein-Main besonders schützen und für das Rhein-Main-Gebiet ein Walderhaltungsprogramm auflegen.

Die Aufweichung der Bannwaldverordnung werden wir zurücknehmen, damit die Rodung und Umwandlung von Bannwald in eine andere Nutzungsart ohne Ausnahme wieder verboten ist. Damit wird der Bannwaldschutz in der Form wieder hergestellt, die er vor dem Bau der Nordwest-Landebahn hatte. Die mit dem Schutzsta-

tus Bannwald gekennzeichneten Gebiete sind so wichtig für die Bevölkerung in den Ballungsgebieten, das er zu Recht nicht gerodet werden darf. Deshalb wollen wir diesen Schutz wieder herstellen und den Etikettenschwindel, der im Moment mit dem Status Bannwald betrieben wird, beenden.

4. Stickstoffeinträge und Sauren Regen reduzieren

Luftschadstoffe und Überdüngung sind weiterhin ein großer Schadensfaktor für den hessischen Wald. Durch unseren Einsatz für die Verkehrswende¹² und Maßnahmen gegen Überdüngung aus der Landwirtschaft wollen wir GRÜNE die Stickstoff- und Schwefelimmisionen im hessischen Wald deutlich reduzieren. Dazu gehören für uns vor allem der Einsatz für eine bäuerliche Landwirtschaft ohne Massentierhaltung und die Reduzierung des Einsatzes von Kunstdünger¹³ sowie Verkehrsvermeidung und der Einsatz besserer Filtersysteme in der Industrie.

Unser zentrales waldpolitisches Ziel ist, den Emissionsschutz der hessischen Wälder und Forste so zu verbessern, dass der Säureeintrag dort auf ein erträgliches Maß reduziert wird. Und dass wir dadurch perspektivisch auch auf die Kalkung der Waldböden wieder verzichten können.

5. Wilddichten anpassen

Ein gravierendes Problem in den hessischen Wäldern sind die starken Verbiss- und Schälchäden als Folge hoher Wilddichten. Es müssen erhebliche Mittel verwendet werden, um nach zu pflanzen und um die jungen Bäume vor Verbiss- und Schälchäden zu schützen. Allein Wild-

¹² Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2012). Zukunft der Mobilität - Energiewende nur mit Verkehrswende.

¹³ Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2011). Grüne Agrarpolitik für Hessen (<http://www.gruene-hessen.de/landtag/materialien/gruene-agrarpolitik-fuer-hessen/>).

schutzmaßnahmen und Neuanpflanzungen im Staatsforst belasteten Hessen Forst im Jahr 2010 mit rund 16 Millionen Euro.¹⁴

Das hessische Jagdgesetz wollen wir deshalb so novellieren, dass darin künftig die Aspekte des Schutzes unserer Wälder ebenso wie jene des Natur- und Tierschutzes insgesamt stärker berücksichtigt werden. Die Reduzierung des Wildbestandes kann eine natürliche Verjüngung des Waldes ermöglichen, beispielsweise durch ein Verbot jeglicher Wildfütterung und eine am Bestand des Waldes und wildbiologischen Erfordernissen ausgerichtete Bejagung. Die Fallenjagd und den Abschuss von Haustieren lehnen wir aus Tierschutzgründen ab.

6. Struktur des Landesbetriebs Hessen Forst verbessern

Wir wollen den Landesbetrieb Hessen Forst in seiner grundsätzlichen Struktur erhalten, aber seine unterschiedlichen Aufgaben besser strukturieren. Der Landesbetrieb Hessen Forst übernimmt öffentliche Aufgaben - sogenannte hoheitliche Aufgaben wie Sicherung von Erholungsfunktion und Naturschutz, denen keine Erlöse aus dem Holzverkauf gegenüber stehen. Hierfür soll der Landesbetrieb weiterhin die erforderlichen Mittel erhalten. Dies ist notwendig, damit der Landesbetrieb Hessen Forst neben den wirtschaftlichen Aufgaben auch wichtige öffentliche Dienstleistungen im Bereich Natur- und Ressourcenschutz sowie der Umweltbildung fachgerecht erfüllen kann.

Durch die Forstreformen der CDU-Landesregierung ab dem Jahr 2000 wurden viele Forstämter und Revierförstereien aufgelöst, zahlreiche För-

terinnen und Förster mussten ihre Stellen verlassen. Die Altersstruktur des Personals hat sich durch die kurzsichtige Personalpolitik der letzten Jahre so negativ verändert, dass infolge zahlreicher Pensionierungen in den nächsten Jahren viele junge ausgebildete Kräfte fehlen werden. Die Personalpolitik muss dem verstärkten altersbedingten Abbau des Personalbestandes begegnen und dafür sorgen, dass ausreichend neues Personal ausgebildet und wieder eingestellt wird.

Bei Auftragsvergaben an Forstliche Lohnunternehmen sollen soziale und ökologische Kriterien angewandt werden. Das bedeutet, dass diese ihre Mitarbeiter nach Tarif entlohnen und zum Beispiel nach RAL (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V.) zertifiziert sind.

7. Energiegewinnung im Wald

Neben der Rohstoffgewinnung ist der Wald ein wichtiger Energielieferant. Die Nutzung von Holz als Brennholz hat eine lange Tradition, muss aber technisch weiter entwickelt werden. Schon jetzt nimmt die Nutzungskonkurrenz zwischen stofflicher und thermischer Verwertung zu. Der steigenden Nachfrage darf aber keine Übernutzung des Waldes folgen. Die Nutzung des Waldes muss nachhaltig bleiben, von daher sind die energetischen Potenziale des Waldes begrenzt. Die Effizienz der energetischen Nutzung des Holzes ist die wichtigste Stellschraube. Vorrang vor der energetischen Nutzung muss die stoffliche Verwertung haben (Kaskadennutzung). Im Falle eines Nachfrageüberschusses muss die Nutzung in hocheffizienten Anlagen zur Energiegewinnung Vorrang haben.

¹⁴ siehe Kleine Anfrage und Antwort der Landesregierung betreffend Wildschadenssituation in Hessen vom 08.03.2011; Drucksachennummer 18/3825

Ein weiteres Instrument der Energiegewinnung ist die Nutzung von Windkraft im Wald. Viele Waldflächen liegen auf Hügeln und Bergen, die sich für die Windkraftnutzung besonders anbieten. Um die Energiewende in Hessen zu vollziehen, wollen wir auch auf windhöffigen Flächen im Wald Windkraftanlagen zulassen. Dabei soll die Nutzung der Windkraft im Einklang mit dem Naturschutz erfolgen. Besonders wertvolle Waldgebiete sind von Windkraftanlagen frei zu halten.

WAS IST EINE KASKADENNUTZUNG?

Eine Kaskadennutzung bzw. Mehrfachnutzung bedeutet die Nutzung eines Rohstoffs über mehrere Stufen, um eine Einsparung von Rohstoffen zu erreichen. Daher sollten nachwachsende Rohstoffe wie Holz zunächst stofflich (für Möbel, Bauholz u.a.) genutzt werden. Erst nach einer mehrfachen Verwendung des Rohstoffes in Recyclingprodukten können die Holzschrotte und Reststoffe energetisch genutzt werden.



VI. MIT WENIGER RESSOURCEN ZUM BESSEREN ERGEBNIS

Aufgrund unserer Lebens- und Wirtschaftsweise betreiben wir immer größeren Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu tragen in allererster Linie die ressourcenintensive produzierende Gewerbe und die Industrie bei. Stoppen wir diese Entwicklung nicht, werden wir bis zum Jahr 2020 weltweit doppelt so viele Ressourcen benötigen als heute.¹⁵

Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir wirtschaften wollen und wie wir dies in Verantwortung auch für kommende Generationen tun können. In einer endlichen Welt mit endlichen Ressourcen kann es kein unbegrenztes Wachstum geben, wie bereits der Club of Rome in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts festgestellt hat. Denn die Konsequenz einer ungehemmten Ressourcenverschwendung können wir uns weder ökologisch noch volkswirtschaftlich langfristig leisten. Der schonende und effiziente Umgang mit den von uns benötigten Rohstoffen ist damit eine der Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise, die wir GRÜNE anstreben. Deshalb wollen wir auch bei uns in Hessen Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz zu einer zentralen Vorgabe der Wirtschafts- und Umweltpolitik machen.

Denn Hessens Wirtschaft kann auch mit deutlich effizienterem und damit erheblich geringerem Ressourceneinsatz erfolgreich sein. Die Aachener Stiftung Kathy Beys errechnete, dass in Deutschland durch Ressourceneffizienz mehr als eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen werden und unser Bruttoinlandsprodukt um mehr als zwölf Prozent gesteigert werden könnte.

Ressourceneffizienz muss dabei vor allem ein Thema für die Industrie sein, da dort rund 90 Prozent der Rohstoffe verarbeitet und verbraucht werden. Und sie rechnet sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Denn während bei der verarbeitenden Produktion die durchschnittlichen Kosten für Energie heutzutage lediglich mit einem Anteil von nur rund zwei Prozent und die Personalkosten mit einer Quote von etwa 18 Prozent an den Gesamtkosten zu Buche schlagen, beträgt der auf Material und Rohstoffe entfallende Anteil an den Gesamtkosten inzwischen rund 45 Prozent.

MASSNAHMEN FÜR MEHR RESSOURCENSCHUTZ

1. Eine Ressourcenschutz-Strategie für ganz Hessen

In Hessen werden Unternehmen in Sachen Ressourceneffizienz durch das Projekt PIUS (Produktionsintegrierter Umweltschutz) beraten - ein erster und wichtiger Schritt. PIUS nimmt jedoch nur die Prozesse im Betrieb selbst in den Blick und nicht die gesamte Wertschöpfungskette. Dabei sind die größten Effizienzerträge im Bereich der Rohstoffe zu holen und eben nicht im Betrieb. Teilweise haben Verbesserungen im Betrieb sogar schon die Gesamt-Ressourceneffizienz negativ beeinflusst, wenn es dadurch zu Verlagerungen an anderer Stelle kam. Außerdem wollen wir Ressourcenschutz als einen ganzheitlichen Ansatz verstanden wissen. Dazu braucht Hessen dringend eine Gesamtstrategie. Denn verschiedene Handlungsfelder wie Ernährung, Wohnen, Mobilität, Produktion etc. müssen gemeinsam in den Blick genommen werden.

¹⁵ Vgl. Meyer, B.: Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden? Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung, 2. Auflage, Frankfurt 2008.

Mit einer solchen ganzheitlich ressourcenorientierten Sichtweise entpuppt sich dann manches Wundermittel zur Lösung ökologischer Probleme als unzureichend. Beispielsweise sind Elektrofahrzeuge nur dann ressourcenfreundlicher als dieselbetriebene Fahrzeuge, wenn sie aus 100 Prozent Windstrom gespeist werden.¹⁶ Sonst verbrauchen elektromotorische Antriebe derzeit und mit dem für 2020 anzunehmenden Strommix sogar mehr Ressourcen. Das Problem stellen gerade die Metalle dar, die in Elektroautos verwendet werden. Sie sind teilweise sehr knapp vorhanden, die Gewinnung und Weiterverarbeitung aufwändig und die Recyclingprozesse noch ungenügend.

Im Einzelnen wollen wir GRÜNE:

- Eine ganzheitliche Ressourcenschutzstrategie für Hessen.
- Den Fokus des hessischen Beratungsprogramms PIUS (Produktionsintegrierter Umweltschutz), auf die gesamte Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt ausweiten.
- Eine hessische Effizienzagentur nach dem Vorbild in Nordrhein-Westfalen einrichten. Sie soll die bundesweite Effizienzagentur durch eine bessere Anbindung an die Regionen in Hessen unterstützen und wichtige Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vernetzen.
- Die Förderstruktur auf Bundes- und EU-Ebene durch die Bereitstellung günstiger Kredite durch das Land Hessen zur Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung der Ressourceneffizienz ergänzen.

¹⁶ vgl. MaRes AP1: Ressourceneffizienz von ausgewählten Technologien, Produkten und Strategien, Kurzfassung.

- Das öffentliche Beschaffungswesen auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz ausrichten

2. Ressourcenschutz in aller Munde

Wir Grüne wollen den ganzheitlichen Ressourcenschutz so populär machen wie das Sparen von Energie und Wasser.

Dafür bedarf es:

- Kampagnen in wirtschaftsnahen Verbänden und Medien, z. B. „100 Unternehmen für Ressourcenschutz“ analog zu „100 Kommunen für den Klimaschutz“
- Ressourcenschutz als Bildungsthema in Schulen, z. B. nach dem Vorbild der NRW-Kooperation Schule-Wirtschaft unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit
- Wettbewerbe zum Thema Ressourceneffizienz, etwa nach dem Vorbild von „Innovation City“ im Ruhrgebiet, bei dem Kommunen und Unternehmen kooperieren

3. Ressourcenverschwendung darf sich nicht rechnen

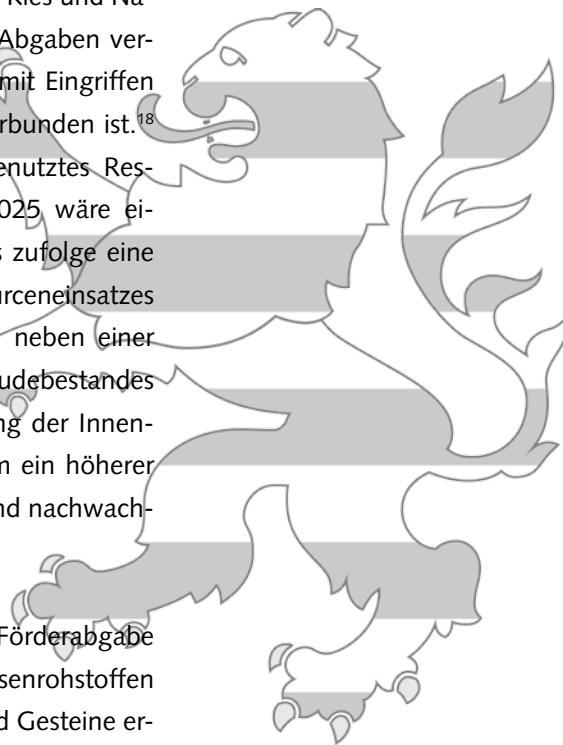
Neben Fördermaßnahmen wollen wir GRÜNE auch die Ursachen für den verschwenderischen Umgang mit unseren lebenswichtigen Ressourcen angehen: Der Handlungsdruck wird in der Wirtschaft oft leider nur dann groß genug, wenn sich die ökologischen und sozialen Folgen des Verbrauchs und des Raubbaus an unseren Ressourcen auch in den für die jeweiligen Rohstoffe zu zahlenden Preisen widerspiegeln.

Auf Landesebene besteht hier wenig Handlungsspielraum. Eine Ausnahme bildet der bereits beschriebene Wassercent (vergleiche Maßnahme 1 im Wasserkapitel).

Deutschland ist bei Umweltsteuern bzw. Umweltabgaben im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld.¹⁷ Bei Energie und Wasser sind diese Abgaben selbstverständlich geworden, da sie zu einem sparsamen Umgang anhalten und für den Aufbau eines umweltgerechten Versorgungssystems genutzt werden. Fast 70 Prozent der in Deutschland selbst geförderten Rohstoffe sind aber Baumaterialien wie Sand, Kies und Naturstein, die zur Zeit mit keinerlei Abgaben versehen sind, obwohl deren Abbau mit Eingriffen in Landschaft und Ökosysteme verbunden ist.¹⁸ Gleichzeitig gibt es hier ein ungenutztes Ressourcenschonungspotenzial. Bis 2025 wäre einer Studie des Bundesumweltamts zufolge eine Reduzierung des jährlichen Ressourceneinsatzes um ein Drittel möglich. Dafür sei neben einer effizienteren Nutzung des Gebäudebestandes durch Sanierung und der Förderung der Innenentwicklung von Städten vor allem ein höherer Einsatz von Recyclingbaustoffen und nachwachsenden Rohstoffe entscheidend.¹⁹

Wir wollen deshalb in Hessen eine Förderabgabe beim Abbau von heimischen Massenrohstoffen der Bauindustrie wie Kies, Sand und Gesteine erheben. Dies wird uns durch das Bundesbergrecht in der Höhe von 10 Prozent des Rohstoffwertes ermöglicht. Eine solche Abgabe wird in den ostdeutschen Bundesländern schon erfolgreich auf Kies und Sand sowie Tongesteine erhoben. Auch

in Niedersachsen gibt es eine Förderabgabe auf Kies und Sand. Dieses Geld wollen wir zweckgebunden für den Ausgleich der entstandenen Umweltschäden sowie für die oben beschriebenen Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz einsetzen.



¹⁷ vgl. veröffentlichte Daten des Europäischen Statistikbüros Januar 2011: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-067/EN/KS-SF-10-067-EN.PDF siehe auch <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/index.php?id=6000>.

¹⁸ vgl. Statistisches Bundesamt (2011): Umweltökonomische Gesamtrechnung. www.destatis.de.

¹⁹ vgl. Umweltbundesamt (2004): Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland. Stoffflussbezogene Bausteine für ein nationales Konzept der nachhaltigen Entwicklung – Verknüpfung des Bereichs Bauen und Wohnen mit dem komplexeren Bereich „Öffentliche Infrastruktur“. UBA-Texte 01/2004.

KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

ZUSTÄNDIGE ABGEORDNETE

ANGELA DORN



Sprecherin für Umwelt Energie
und Klimaschutz

Tel.: 0611/350-634
a.dorn@ltg.hessen.de

URSULA HAMMANN



Vizepräsidentin des Hessischen
Landtags, Sprecherin für Natur-
und Tierschutz

Tel.: 0611/350-741
u.hammann@ltg.hessen.de

MARTINA FELDMAYER



Sprecherin für Landwirtschaft,
Gentechnik, ländlichen Raum,
Verbraucherschutz und Kultur

Tel.: 0611/350-748
m.feldmayer@ltg.hessen.de

MITARBEITERINNEN

ANKE PAVLICEK



Referentin für Verbraucher-
schutz, Agrarpolitik, Gen-
technik, ländlicher Raum,
Naturschutz und Tierschutz

Tel.: 0611/350-595
a.pavlicek@ltg.hessen.de

CARSTEN SCHLOSSER



Referent: Umwelt, Klima, Energie,
Verkehr und Landesentwicklung

Tel.: 0611/350-589
c.schlosser@ltg.hessen.de

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

